

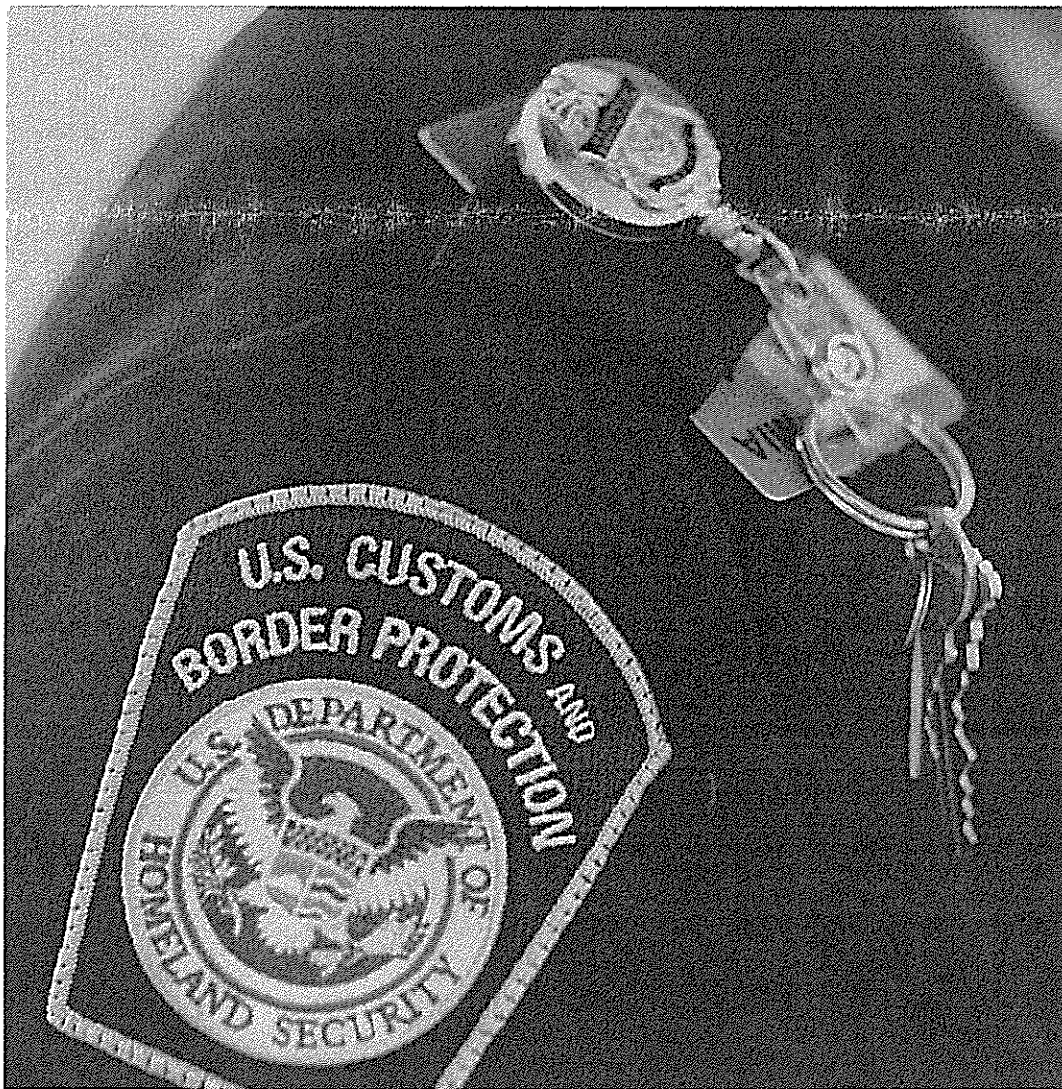
Handelszeitung  
8021 Zürich  
043/ 444 59 00  
www.handelszeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Publikumszeitschriften  
Auflage: 36'320  
Erscheinungsweise: wöchentlich

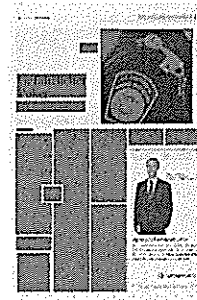
Themen-Nr.: 272.3  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 5  
Fläche: 73'830 mm²

# Gefährlicher Poker

**Einreisekontrollen** Schweizer Reisenden in die USA droht eine Visumpflicht. Der Bundesrat verschlief bisher die Verhandlungen mit Washington.



Grenzbeamter in den USA: Für die Schweiz gibt es keine Sonderregelungen.



Handelszeitung  
8021 Zürich  
043/ 444 59 00  
www.handelszeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Publikumszeitschriften  
Auflage: 36'320  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 5  
Fläche: 73'830 mm<sup>2</sup>

PIRMİN SCHILLIGER

**F**r Frank Brinken hat sein Büro in Rorschacherberg. Der Chef des global tätigen Werkzeugmaschinenherstellers Starrag kann den prachtvollen Blick auf den Bodensee nicht täglich geniessen. Er ist oft unterwegs. Wenn die Geschäfte in den USA rufen, eilt es meistens. Umso mehr schätzt es Brinken, dass er spontan und ohne administrative Hürden ins Flugzeug steigen und losfliegen kann. Rund zehnmal reiste er in den letzten Jahren über den Atlantik mit dem Schweizer Pass in der Tasche, aber ohne Visum. Denn dieses Papier braucht es seit mehr als 25 Jahren nicht mehr.

Brinken kann sich eine Rückkehr in die Zeit vor 1986, als es für jede USA-Reise ein Visum der amerikanischen Botschaft in Bern brauchte, schlicht nicht mehr vorstellen. «Eine erneute Visumspflicht wäre eine Katastrophe!», sagt er. Doch genau das droht der Schweiz. Sie gehört zu den 36 Staaten, die das Visa-Waiver-Programm (VWP) für visafreie Reisen in die USA unterzeichnet haben. Der Vertrag muss bis spätestens 30. Juni 2012 erneuert werden. 30 Staaten haben diesen bereits ratifiziert, fünf stehen kurz davor. Einzig die Schweiz steht von einem Vertragsabschluss weit entfernt. Das zuständige Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), das sich im Februar für das Programm aussprach, möchte vor der Ratifizierung noch das Parlament und die Kantone in die Konsultationen miteinbeziehen.

Brinken wundert sich über das zögerliche Verhalten des Bundesrates. «Die Regierung hat offenbar völlig unterschätzt, wie wichtig die visafreie Einreise in die USA für viele Schweizerinnen und Schweizer ist», ärgert er sich.

### Ein grösseres Problem

Mit der Wiedereinführung der Visumspflicht bekämen nicht nur die pendelnden Manager, sondern auch viele Touristen ein grösseres Problem. «Was sich abspielen würde, ist schlicht unvorstellbar», erklärt

### Die Schweizer Bitte um Aufschub stiess

### in den USA auf taube Ohren.

Martin Naville, Geschäftsführer der Handelskammer Schweiz-USA. Faktisch würden alle kurzfristig geplanten US-Reisen für Schweizer Bürger unmöglich. Im letzten Jahr besuchten 476 000 Schweizer visafrei die USA – so viele wie nie zuvor.

Eine Visumspflicht wäre auch für die auf die USA ausgerichteten touristischen Anbieter eine mittlere Tragödie. «Viele müssten die Destination aus ihren Katalogen streichen», sagt Werner Wiedmer, Präsident des Vereins Visit USA Committee Switzerland. Thomas Pletscher, Mitglied der Geschäftsleitung der Economiesuisse, befürchtet eine ernsthafte Belastung des bilateralen Wirtschaftsverkehrs. Immerhin ist die Schweiz der sechstgrösste Direktinvestor in den USA, und Schweizer Unternehmen beschäftigen dort über 400 000 Leute.

Für Kenner der Beziehungen zwischen beiden Ländern ist klar, dass eine generelle Visapflicht die US-Botschaft in Bern ins Chaos stürzen würde. Im vergangenen Jahr, als sie 15 000 Visa ausstellen musste, war sie bereits überlastet. Die Gesuchsteller mussten sich im Schnitt zwei Monate gedulden. «Eine Visa-Flut von mehreren hunderttausend Gesuchen würde für die US-Botschaft personell, finanziell und aus Platzgründen zur unmöglichen Aufgabe», so Wiedmer.

Er weiss, wovon er spricht, hat er doch viele Jahre selbst auf der US-Botschaft gearbeitet. Kuoni-Sprecher Peter Brun will zwar die Situation noch nicht dramatisieren. «Ein Teil der Kunden würde die bürokratische Hürde wohl akzeptieren, ein Teil aber würde auf andere Destinationen – etwa Kanada und die Karibik – ausweichen», glaubt er. Zudem könne die Visumspflicht kaum im Interesse der amerikanischen Reiseziele liegen, denn Schweizer Touristen hätten im letzten Jahr 1,5 bis 2 Milliarden Dollar in den USA ausgegeben.

Noch kann das heraufbeschworene Szenario abgewendet werden, doch die Zeit wird knapp. Die USA erwarten von

der Schweiz, dass sie bis spätestens am 30. Juni wie alle 36 Teilnehmerstaaten des sogenannten Visa-Waiver-Programms die Weichen für eine verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit definitiv stellt. Dazu soll sie zwei Vereinbarungen unterzeichnen. Diese betreffen den gegenseitigen Austausch von DNA und Fingerabdrücken zur Bekämpfung der Schwerestrafkriminalität (Preventing and Combating Serious Crime) sowie den Austausch von Daten über Terrorismusverdächtige.

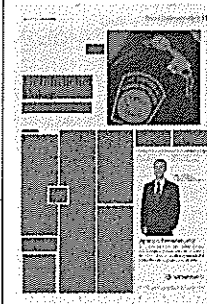
Die Forderungen sind eine Spätfolge der nach den Anschlägen von 2001 verhängten Massnahmen der USA zur Terrorbekämpfung. Das amerikanische Parlament verabschiedete sie vor drei Jahren. Kurz darauf, im Oktober 2009, signalisierten die USA unmissverständlich, die visafreie Einreise künftig nur noch Angehörigen jener Staaten zu gewähren, die die erwähnten Vereinbarungen auch tatsächlich ratifizieren würden. Für den Fall einer Nichtunterzeichnung werde auf den 1. Januar 2013 die Visumspflicht eingeführt.

Es ist ein Rätsel, weshalb sich die Beamten und Politiker in Bern so viel Zeit lassen. Laut dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten haben zwar im vergangenen Jahr «exploratorische Vorgespräche» stattgefunden. Die Schweizer Bitte um Aufschub und Fristverlängerung stiess dabei auf taube Ohren. Die US-Behörden machten deutlich, dass sie nicht auf Sonderwünsche einzugehen gedenken.

Den Unterhändlern aus der Schweiz hätte dies eigentlich Warnung genug sein müssen. Doch weit gefehlt. Erst am 1. Februar dieses Jahres sprach sich der Bundesrat für den Verbleib der Schweiz im VWP aus. Gleichzeitig beauftragte er das Justiz- und Polizeidepartement, ein entsprechendes Mandat für die Verhandlungen mit den Amerikanern auszuarbeiten. «Diese Aufgabe haben wir inzwischen erledigt, doch vor einem allfälligen Vertragsabschluss müssen die zuständigen Kommissionen der Bundesversammlung und die Kantone konsultiert werden», erklärt Informationschefin Christine Stähli.

### Einige heikle Punkte

Nach Beschleunigung tönt das nicht, und das politische Geschäft mit den USA ist keine blosse Formsache. «Die Forderungen



Handelszeitung  
8021 Zürich  
043/ 444 59 00  
www.handelszeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Publikumszeitschriften  
Auflage: 36'320  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 5  
Fläche: 73'830 mm<sup>2</sup>

gen der Amerikaner sind heikel», erklärt FDP-Nationalrat Ruedi Noser. Gar «inakzeptabel» findet sie dessen Ratskollege Geri Müller von der Fraktion der Grünen. Er spricht von einem «Angriff auf unsere Autonomie» und mahnt: «Die Schweiz muss mit anderen Ländern zusammenspannen und Widerstand leisten.» Ob diese Voten ein ausgewogenes politisches Stimmungsbild wiedergeben, bleibt dahingestellt. Allerdings ist anzunehmen, dass das Parlament die noch auszuhandelnden Verträge mit den Amerikanern nicht glatt durchwinken wird.

Politisch umstritten sind vor allem zwei Punkte: Die Löschung von Daten, die fälschlicherweise auf eine Liste geraten sind, sowie die Konformität der Datenaushändigung mit dem Schweizer Datenschutz. Nicht ganz richtig ist hingegen die von einigen Medien kolportierte Behauptung, die USA verlangten – ähnlich wie

beim Streit um das Bankgeheimnis – einen automatisierten Zugriff auf schweizerische Datenbanken. «Das wäre souveränitätspolitisch eine heikle Forderung, die sich kein selbstständiger Staat bieten lässt», meint Naville. Automatisiert werden soll aber der Abgleich von Fingerabdrücken und DNA-Profilen. Im Trefferfall, wenn zum Beispiel in einer Schweizer Datenbank Informationen zu einem in den USA eingegeben Suchprofil vorliegen, könnten die USA ein Rechtshilfeersuchen für den Austausch der Personendaten stellen. Fraglich bleibt, ob die USA der Schweiz überhaupt noch Verhandlungsspielraum einräumen. Nicht auszuschliessen ist, dass die gemächlichen eidgenössischen Beamten die Geduld der Amerikaner bereits überstrapaziert haben. Doch in Bern hat man den Ernst der Lage offenbar noch nicht erkannt. «Priorität für die Schweiz hat nicht eine möglichst rasche, sondern

eine möglichst gute Lösung», sagt die EJPD-Sprecherin. Und ergänzt: «Die involvierten Behörden nehmen sich die nötige Zeit, um diese auszuhandeln.»

### Krise überwunden

Ankünfte von Schweizer Reisenden in den USA (in Tausend)

